



Kulturausschuss

32. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Europäische Kulturhauptstadt Ruhr 2010	4
a) Präsentation der Projekte zur Kulturhauptstadt	4
Dr. h. c. Fritz Pleitgen und Prof. Dr. Oliver Scheytt stellen dem Ausschuss das von der RUHR.2010 GmbH herausgegebene Buch eins vor.	
b) Finanzierung von Projekten der Kulturhauptstadt 2010 in den Kommunen	14
StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) nimmt Stellung.	

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009), kulturelevante Titel des Einzelplans 02 **15**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlage 14/1966 (Erläuterungsband Epl 02)

Zuschrift 14/1331

Den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen und von Annegret Krauskopf (SPD) bei Enthaltung der Mehrheit der SPD-Fraktion ab.

Das kulturelevante Kapitel 02 060 des Einzelplans 02 - Landesarchiv, Archivwesen - nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von Gero Karthaus (SPD) unverändert an.

Das kulturelevante Kapitel 02 062 des Einzelplans 02 - Kulturförderung - nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD ebenfalls unverändert an.

3 Kulturförderbericht **19**

Information 14/826

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) stellt den Kulturförderbericht vor. Die Diskussion über den Bericht ist für die nächste Sitzung des Ausschusses vorgesehen.

4 Verschiedenes **22**

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009), kulturell-relevante Titel des Einzelplans 02**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

Vorlage 14/1966 (Erläuterungsband Epl 02)

Zuschrift 14/1331

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens verweist auf die Tischvorlage mit einem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Hinweis: Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Anlage zu Vorlage 14/2254 zu entnehmen.)

Claudia Nell-Paul (SPD) führt aus, seit der Einbringung des Haushalts sei viel passiert. Die Finanzkrise erreiche immer mehr die Realwirtschaft. Die diesem Haushalt zugrunde liegende Einnahmeprognose in Höhe von 43,3 Milliarden € werde der wirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen Krise nicht gerecht. Die SPD glaube leider nicht, dass die Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,69 Milliarden € bzw. 4 %, die diesem Haushalt zugrunde lägen, realistisch seien. Nach Ansicht der SPD sei diese Einnahmeerwartung Makulatur. Mit solchen finanziellen Zuwächsen sei nicht zu rechnen. Des Weiteren gebe es finanzielle Risiken, die dieser Haushalt nicht berücksichtige. Dazu gehöre der Wegfall der Erbschaftsteuer. Sie hoffe, dass die Bundesregierung noch einen Kompromiss finde. Dazu gehöre außerdem der Risikofonds für die WestLB, der ebenfalls im vorliegenden Haushalt nicht abgebildet sei.

Das alles habe ihre Fraktion dazu veranlasst, sich in den Ausschüssen nicht an den Haushaltsberatungen zu beteiligen. Die SPD hoffe, dass der Finanzminister eine Ergänzungsvorlage erarbeite, die eine realistische Haushaltsberatung ermögliche.

Sie bitte um Verständnis, dass die SPD-Fraktion im Kulturausschuss keine Anträge einbringe, obwohl sie vier Anträge formuliert habe, die in der Schublade lägen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) meint, eine Krise könne auch herbeigeredet werden. Wirtschaftliche Krisen seien zum großen Teil Psychologie. Er zitiere die SPD-Fraktionsvorsitzende Frau Kraft. Als vor einigen Monaten der Ministerpräsident gesagt habe, es bestünde die Gefahr einer wirtschaftlichen Abkühlung, habe Frau Kraft im Parlament gesagt, das sei eine Ungeheuerlichkeit und ganz schlimm, dass der Ministerpräsident so etwas sage, denn Wirtschaft sei zu wesentlichen Teilen Psychologie, und man dürfe eine Krise nicht herbeireden.

Alle Parlamentarier hätten die große Verantwortung, hier nicht aus einer zweifellos hochkomplexen Situation an den Finanzmärkten eine realwirtschaftliche Krise her-

beizureden. Diese Krise müsse nicht unbedingt eintreten angesichts der realen Wirtschaftsdaten der Einkommen und Kaufmöglichkeiten. Es bestehe allerdings die Gefahr, dass Unternehmen nicht mehr solvent seien und die Menschen vor lauter Angst nicht mehr konsumierten, sondern sparten.

Die Verdoppelung des Kulturförderetats sei nicht von sprudelnden Finanzquellen abhängig gemacht worden. Der entsprechende Beschluss stamme aus dem Jahr 2004. 2004 sei ein Anwachsen der Steuereinnahmen nicht absehbar gewesen. Die Verdoppelung des Kulturetats sei Teil des Wahlprogramms gewesen. Denn der Kulturetat habe einen so beschämend tiefen Stand gehabt, dass eine Verdoppelung notwendig gewesen sei.

Der Aufwuchs finde weiter statt. Man müsse den Haushaltsverpflichtungen gerecht werden. Der Haushalt werde eingebracht. Die CDU werde diesem Kulturhaushalt und dem Aufwuchs wieder begeistert zustimmen.

Die CDU behalte sich vor, noch kleinere Umstellungen vorzusehen und entsprechende Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss einzubringen.

Oliver Keymis (GRÜNE) bedauert, dass hier nach und nach die parlamentarischen Geflogenheiten außer Kraft gesetzt würden. Die SPD könne das zwar so handhaben, aber er finde das problematisch. Die Regierungsfractionen pflegten ja seit der Regierungsübernahme auch das Prinzip, die Fachausschüsse als Debattenausschüsse für die Haushaltsberatungen nicht mehr zu nutzen. Das werde alles in den Haushalts- und Finanzausschuss verlagert. Das könne technisch zwar so gemacht werden, aber damit entziehe man sich der Debatte im Fachausschuss. Das finde er persönlich bedauerlich und politisch auch falsch.

Er finde es auch falsch zu sagen, dass eine Krise herbeigeredet werde. Es gebe eine handfeste Problematik, die seines Erachtens auch schon als Krise bezeichnet werden dürfe.

Hier müsse aber über den Haushalt beraten werden. Der sei eingebracht. Über den habe der Ausschuss zu verhandeln, was auch immer sich aus den großen Konstellationen dafür ergebe.

Seine Fraktion halte die politische Grundentscheidung für richtig, den Kulturförderetat zu verdoppeln, und freue sich über den erneuten Aufwuchs. Das habe aber nichts mit der Entscheidung seiner Fraktion über den Gesamthaushalt zu tun.

Nicht ganz leichten Herzens lege er einen Änderungsantrag vor, und zwar für die Titelgruppe 74, Kultur und Kreative Ökonomie. Den vorgesehenen Aufwuchs in Höhe von 850.000 € halte seine Fraktion für nicht notwendig.

Ein Teil dieser 850.000 € könne in die Filmstiftung fließen. Die Programmkinos hätten Probleme mit der Digitalisierung. Denen könne damit geholfen werden.

Sehr berührt habe ihn außerdem die Diskussion, die der Düsseldorfer Cellist Thomas Beckmann angestoßen habe. Thomas Beckmann habe gemeinsam mit Obdachlosen vor dem Landtag demonstriert und zu Recht die Frage gestellt, was das für eine Regierung sei, die einerseits die Mittel für die Kultur um 20 Millionen € erhöhe und an-

dererseits bei den Obdachlosen 1,2 Millionen € streiche. Die Fraktion der Grünen habe diese 1,2 Millionen € wieder beantragt. Auch in diese Position könne ein Teil der 850.000 € fließen.

Zudem werde nicht ganz deutlich, wie das Thema Kultur und Kreative Ökonomie zwischen dem Kulturstaatssekretär und der Wirtschaftsministerin aufgearbeitet werde. Seine Fraktion habe ja immer dafür plädiert, das entsprechende Referat aus dem Wirtschaftsministerium dem Kulturressort zuzuordnen.

Unabhängig vom Antragsinhalt begrüßt **Vorsitzender Dr. Fritz Behrens** ausdrücklich, dass im Kulturausschuss überhaupt ein Änderungsantrag vorgelegt werde und nicht erst im weiteren Verfahrensverlauf. Er bitte auch alle anderen Fraktionen, in den nächsten Jahren ihre Änderungsanträge tatsächlich im Kulturausschuss zu stellen. Denn er meine, dass die fachbezogenen Haushaltsanträge jeweils auch in den Fachausschüssen gestellt werden sollten. Bei Ergänzungsvorlagen könnten Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss vielleicht ausreichend sein, aber wenn für die Haushaltsberatungen mehrere Wochen zur Verfügung stünden, sollte sich der Ausschuss auch die Zeit nehmen, über Änderungsanträge zu diskutieren.

Claudia Nell-Paul (SPD) appelliert an die Regierungsfractionen und insbesondere an Herrn Grosse-Brockhoff, sich im Sinne von Thomas Beckmann zu bewegen. Die Nutznießer seien die Obdachlosen, aber das Projekt sei von seiner Entstehungsgeschichte her ein Kulturprojekt. Das Projekt „Beckmann spielt Cello“ habe bundesweit Relevanz. Es wäre auch ein kultureller Fauxpas, wenn das kaputtginge. Sie wisse, dass nicht Herr Grosse-Brockhoff das zu verantworten habe, aber sie wolle dennoch auch im Kulturausschuss die Chance nutzen, diesen Appell auszusprechen. Sie bitte Herrn Grosse-Brockhoff, gemeinsam mit Herrn Laschet eine Lösung zu finden.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) sagt zu, die Aufforderung des Vorsitzenden, in kommenden Haushaltsverfahren anders vorzugehen, in der Fraktion zu diskutieren.

Er bitte darum, ordnungspolitisch sauber zu argumentieren. Es gehe nicht darum, Obdachloseninitiativen kaputt zu machen. Wenn erfolgreiche Modellprojekte ausliefern, gehe die Finanzierung auf den normalen Träger über, also auf die Kommune. Dass sich die Kommunen über solche Modellprojekte auch von eigenen Aufgaben exkulpierten, sei vor allen Dingen angesichts ihrer Finanzsituation vielleicht verständlich. Aber ordnungspolitisch müsse er sagen: Eine Sache, die in die Kommune gehöre, könne nicht durch die Perpetuierung von Modellen auf eine andere Ebene gehoben werden. Der Vorwurf, kein Herz für Obdachlose zu haben, sei zu verkürzt. Es könnten keine Modellprojekte mehr aufgelegt werden, wenn sich daraus die Verpflichtung für eine dauerhafte Förderung ableite.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens äußert, er habe seit 20 Jahren sehr gute persönliche Kontakte zu Herrn Beckmann, habe das Entstehen von Gemeinsam gegen Kälte über all die Jahre mit begleitet und unterstützt und würde es sehr bedauern, wenn

das einschliefe, denn diese Hilfe für obdachlose Menschen habe sich bewährt und sei weiter notwendig. Da sollte eine Lösung gefunden werden.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) nimmt zum Änderungsantrag der Grünen Stellung: Ihn erstaune, dass dieser Antrag ausgerechnet von den Grünen gestellt werde. Im Kulturausschuss habe doch nach seinem Eindruck Einigkeit bestanden, das Thema Kulturwirtschaft und Kreative Ökonomie nicht allein der Wirtschaftspolitik überlassen zu wollen. Deswegen habe man auch verschiedene Initiativen ergriffen, die ohne die Mittel aus dem Kulturhaushalt wahrscheinlich überhaupt nicht zustande kämen oder jedenfalls nicht in dieser Weise. Er warne vor einer Kürzung in der beantragten Größenordnung, denn das würde die Bemühungen, Kreative nach NRW zu holen, auch bis 2010 mit einem gewissen Schwerpunkt im Ruhrgebiet, um wirklich einmal den Beweis anzutreten, dass so etwas gehe, zum Scheitern verurteilen.

Er weise außerdem auf Vorlage 14/2192 hin.

Annegret Krauskopf (SPD) hält es für falsch, immer nur zu sagen, das sei Sache der Kommune. Wenn die in einem Modellprojekt geleistete Arbeit weitergeführt werden müsste, sollte ein Politiker sein Herz befragen, ob er nicht doch bereit sei, über die gesetzlichen Möglichkeiten hinaus Menschen zu helfen. Sie habe lange mit Wohnungslosen gearbeitet. Viele dieser Menschen seien nicht durch eigenes Verschulden in diese Situation geraten, sondern Schicksalsschläge hätten sie in diese Lage gebracht. Der Kulturausschuss sollte ein Zeichen setzen, dass Politik auch unabhängig von gesetzlichen Vorgaben etwas tue, was diesen Bürgern des Landes und denjenigen, die mit Wohnungslosen arbeiteten, helfen könne. Jeder sollte sich persönlich fragen, wie er entscheiden würde, wenn er nicht Politik machen würde.

Den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnt der **Ausschuss** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen und von Annegret Krauskopf (SPD) bei Enthaltung der Mehrheit der SPD-Fraktion ab.

Das kulturellrelevante Kapitel 02 060 des Einzelplans 02 - Landesarchiv, Archivwesen - nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung von Gero Karthaus (SPD) unverändert an.

Das kulturellrelevante Kapitel 02 062 des Einzelplans 02 - Kulturförderung - nimmt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimmen der SPD ebenfalls unverändert an.